

12. Wahlperiode

Plenar- und Ausschußdienst

---

## Beschluß-Protokoll

Ausschuß für Stadtplanung  
und Stadtentwicklung

11. Sitzung

23. Oktober 1991

-----

Beginn: 16.03 Uhr

Schluß: 18.12 Uhr

Vorsitz: Abg. Gardain (SPD), Abg. Heide (CDU)

-----

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben der Präsidentin des Abgeordnetenhaus von Berlin vom 9. Oktober 1991 betreffend die Zusammenarbeit der Ausschüsse des Landtags Brandenburg und des Abgeordnetenhaus von Berlin (vgl. Anlage 1).

Hinsichtlich einer weiteren gemeinsamen Sitzung mit dem korrespondierenden Fachausschuß des Landtags Brandenburg wird der Vorsitzende mit Herrn Abgeordneten Dr. Gonnermann, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltschutz des Landtags Brandenburg, nochmals Kontakt aufnehmen.

Auf Antrag der Fraktion der SPD kommt der Ausschuß überein, die Tagesordnungspunkte 5 bis 9 vorgezogen zu beraten.

Die Fraktion der CDU weist darauf hin, daß Punkt 2 der Tagesordnung - Drucksache 12/132 - heute nicht abschließend beraten werden kann, weil die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen noch aussteht.

### Punkt 1 der Tagesordnung

Bericht des Senators für Stadtentwicklung und Umweltschutz über Stand der regionalen Zusammenarbeit zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg

Punkt 5 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne  
über Erarbeitung und Umsetzung eines  
ökologischen und dezentralen  
Güterverkehrskonzeptes für den Großraum  
Berlin

+VuB F  
+Haupt

- Drs 12/160 -

1. Dem Ausschuß liegt hierzu als Tischvorlage ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU vor (vgl. Anlage 2).
2. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne begründet ihren Antrag und nimmt Stellung zum Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU und weist darauf hin, daß in Absatz 1 des Änderungsantrags das Wort "dezentral" fehlt.
3. Die Fraktion der SPD begründet ihren Änderungsantrag und verweist darauf, daß das Wort "dezentrales Güterkonzept" in der Überschrift des Antrags enthalten ist.
4. Die Fraktion der CDU schließt sich den Erläuterungen der Fraktion der SPD zum gemeinsamen Änderungsantrag an und verweist darauf, daß in Absatz 3 des Änderungsantrags zwischen den Wörtern "Berlin" und "entwickelt" die Wörter "in Abstimmung mit dem Bund" eingefügt werden müßten.
5. Auf Frage des Vorsitzenden erklärt die Fraktion Bündnis 90/Grüne Zustimmung zum Änderungsantrag unter der Voraussetzung der Einfügung der beiden Ergänzungen (siehe oben Ziffer 2 und Ziffer 4).
6. Anschließend kommt der Ausschuß einstimmig, mit den Stimmen aller Fraktionen, überein, eine Stellungnahme an den federführenden Ausschuß für Verkehr und Betriebe im Wortlaut des Änderungsantrags von SPD und CDU mit den beantragten Ergänzungen abzugeben.

Punkt 6 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne  
über den befristeten Baustop an der  
U 8 zugunsten der schnellstmöglichen  
Wiederinbetriebnahme durch den Mauerbau  
stillgelegter U- und S-Bahnstrecken

+ VuB F  
+ Haupt

- Drs 12/211 -

1. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne begründet den Antrag.
2. Aussprache der Fraktionen dazu.
3. Anschließend kommt der Ausschuß mehrheitlich (mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und F.D.P. gegen die Stimme von Bündnis 90/Grüne bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS)

überein, dem federführenden Ausschuß für Verkehr und Betriebe die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne  
über Einleitung der Planfeststellungsver- +VuB F  
fahren für die zweigleisige Verlängerung +Haupt  
der Straßenbahnlinien 3 und 4 bis  
spätestens zum 1. Juli 1991  
- Drs 12/220 -

in Verbindung mit

Punkt 9 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV  
über Verlängerung der Straßenbahn durch das +VuB F  
Märkische Viertel +Haupt  
- Drs 12/551 -

1. Im Ausschuß liegt zu beiden Anträgen als Tischvorlage ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vor (vgl. Anlage 3).
2. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne begründet ihre Anträge und nimmt Stellung zu dem vorgelegten Änderungsantrag.
3. Aussprache der Fraktionen.
4. Der Senator für Verkehr und Betriebe nimmt Stellung und kündigt die Vorlage eines Straßenbahnkonzeptes in Kürze an. Er erklärt, daß der im Änderungsantrag vorgesehene Vorlagetermin 1. Dezember 1991 eingehalten werden kann.
5. Anschließend kommt der Ausschuß überein, dem federführenden Ausschuß für Verkehr und Betriebe folgende Stellungnahmen zu übermitteln:

a) Drucksache 12/220

"Der Ausschuß empfiehlt einstimmig (mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen von Bündnis 90/Grüne und PDS), den Antrag in Form des Änderungsantrags anzunehmen."

b) Drucksache 12/551

"Der Ausschuß kommt mehrheitlich überein (mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Grüne und PDS), die Annahme des Antrags in Form des Änderungsantrags zu empfehlen."

Punkt 8 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne  
über Verzicht auf die Bahnsteig-  
verlängerungen der U-Bahnlinie 6  
- Drs 12/221 -

+VuB F  
+Haupt

1. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne begründet ihren Antrag.
2. Die Fraktion der SPD beantragt, daß sich der Ausschuß mit dem Antrag - weil fachlich nicht berührt - nicht befaßt und dieses dem federführenden Ausschuß für Verkehr und Betriebe mitteilt.
3. Dem Antrag der Fraktion der SPD auf "Nichtbefassung" wird von allen Fraktionen zugestimmt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion  
Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV über  
Auslobung des städtebaulichen  
Wettbewerbs für das Gebiet  
Potsdamer Platz / Leipziger Platz  
- Drs 12/132 -

+BauWohn  
+Haupt

in Verbindung mit

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 5 GO Abghs über  
Bericht des Senators für Stadtentwicklung  
und Umweltschutz zum Wettbewerb  
Potsdamer Platz/Leipziger Platz  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne)

in Verbindung mit

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 5 GO Abghs über  
Verzerrung des Wettbewerbsverfahrens  
Potsdamer Platz  
(auf Antrag der Fraktion der F.D.P.)

1. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne begründet ihre Anträge.
2. Der Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz nimmt Stellung und stellt dem Ausschuß in Form eines Dia-Vortrages die ersten fünf Preisträger des Wettbewerbs vor.
3. Aussprache der Fraktionen (Einzelheiten dazu vgl. Inhaltsprotokoll).
4. Die Fraktion der F.D.P. beantragt, zum Thema "Bebauung des Potsdamer und des Leipziger Platzes " eine Anhörung durchzuführen.

ren (vgl. Anlage).

5. Der Ausschuß schließt sich dem Vorschlag der Fraktion der F.D.P., zunächst eine Anhörung durchzuführen, an.

Die weitere Beratung der Tagesordnungspunkte 2, 3 und 4 ist somit vertagt.

Punkt 10 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV  
über Rettung des Brandenburger Tores  
- Drs 12/638 -  
und Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
- Drs 12/638-1

+VuB E  
+Haupt

- Vertagt -

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Nächste (12.) Sitzung des Ausschusses am Mittwoch, dem 6. November 1991.

Tagesordnung: Besprechung gem. § 21 Abs. 5 GO Abghs über  
"Bebauung des Potsdamer und des Leipziger Platzes"  
(auf Antrag der Fraktion der F.D.P.)

Der Ausschuß führt hierzu eine Anhörung durch.

Die Vorsitzenden

Der Schriftführer

Gardain

Heide

Vogt

Abgeordnetenhaus von Berlin  
Die Präsidentin

ANLAGE 1

Berlin, den 9. Oktober 1991

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
für Stadtplanung und Stadtentwicklung  
Herrn Hans-Joachim Gardain

- im Hause -

Sehr geehrter Herr Gardain,

mein Schreiben vom 26.9.1991 zur Zusammenarbeit der Ausschüsse mit den korrespondierenden Ausschüssen in Brandenburg beruht auf der Erörterung der Problematik in einer gemeinsamen Sitzung beider Präsidien. Rahmenbedingungen wurden nicht vereinbart.

Die Gestaltung der Zusammenarbeit sollte bewußt den jeweiligen Ausschüssen überlassen bleiben. Allerdings sollten in starkem Maße die Assistenten der Ausschüsse mit einbezogen werden.

Im übrigen war es selbstverständlich, daß keine verbindlichen Beschlüsse für den jeweils anderen Teil gefaßt werden können.

Mit freundlichem Gruß



Dr. Hanna-Renate Laurien

- V.
- 1) Original beim Vrs.  
H.J. Gardain
  - 2) Abteilungen an  
die Fraktionssprecher  
im Haus
  - 3) Abteilungen an III. BdC. 2. w. V.  
(Vertretung des BSt/Vertr.)
- Ku. 10./

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU  
zum Antrag  
der Fraktion Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV  
über Erarbeitung und Umsetzung eines ökologischen und de-  
zentralen Güterverkehrskonzepts für den Großraum Berlin  
- Drs. 12/160 -

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Absatz 1 wird wie folgt geändert:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, kurzfristig ein auf die Reduzierung des LKW-Fernverkehrs und des Lieferverkehrs in der Innenstadt von Berlin orientiertes Güterverkehrskonzept in Abstimmung mit dem Land Brandenburg zu erarbeiten und sich nachdrücklich auf allen Ebenen für eine Realisierung einzusetzen.

Absatz 3 wird gestrichen und wie folgt ersetzt:

Außerdem soll ein Hafenkonzept für Berlin <sup>in Abstimmung mit dem MVR</sup> entwickelt werden mit dem Ziel der Erhaltung und Ausweitung des Transports von Gütern auf dem Wasserweg. Bei der Ausarbeitung dieses Konzepts ist ebenfalls die Konzeptionierung einer möglichst umweltverträglichen Feinverteilung im Stadtgebiet mit einzu-  
beziehen.

Berlin, den 22. April 1991

änd-220-551

**Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU**

**zu den Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV  
über**

**Einleitung der Planfeststellungsverfahren für die  
zweigleisige Verlängerung der Straßenbahnlinien 3 und 4 bis  
spätestens zum 1. Juli 1991 (Drs. 12/220)**

**und**

**Verlängerung der Straßenbahn durch das Märkische Viertel  
(Drs. 12/551).**

**Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:**

**Die beiden o.g. Anträge der Fraktion Bündnis 90/Grüne  
(AL)/UFV werden durch den nachstehenden Antrag ersetzt:**

**Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, bis zum  
1. Dezember 1991 das längst überfällige Straßenbahnkonzept  
vorzulegen, in welchem die vielfältig gewünschten  
Verknüpfungen der Straßenbahn zwischen dem Ost- und dem  
Westteil Berlins als ein Schwerpunkt ausgewiesen sind.**

**Berlin, d. 23. Oktober 1991**

**Dr. Staffelt, Kliche, Hilse  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der SPD**

**Landowsky  
und die übrigen Mit-  
glieder der Fraktion CDU**